

De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Ausgabe 1/2013

— www.dkp-koeln.de

Das städtische Kürzungsprogramm wird alle treffen

Das Humboldt-Gymnasium bietet bisher die „Mittagspause Plus“ an. Über 300 Schüler nutzen dieses Angebot. Jetzt werden 50 000 Euro gestrichen. Der Förderverein der Übermittagsbetreuung protestiert. Das Betreuungskonzept drohe zusammenzubrechen, sagt Ulrike Froleys vom Vorstand des Trägerverein Humboldt-Ring. Die Standards bei der Maßnahme „Mittagspause Plus“ sollen in ganz Köln gesenkt oder überhaupt auf die Übermittagsbetreuung verzichtet werden. Das soll 1 Mio. Euro in 2013 erbringen, ab 2014 etwa 1,3 Mio. Euro.

Köln-Pass-Kindern droht Hunger. Die Stadt will das Mittagessen nicht mehr bezahlen, sie geht davon aus, daß sie ihren Anspruch aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von Frau von der Leyen geltend machen. Die bürokratische Hürde zu nehmen, sind die Familien dieser Kinder in der Regel nicht in der Lage. Einsparvolumen: 700.000 Euro pro Jahr.

Seit Juni 2012 zahlt die Stadt zu den Kosten des Offenen Ganztags etwa 16 Mio. Euro. Diese Kosten sollen um 5% gekürzt werden, die Maßnahmen werden entsprechend ausgedünnt.

An der Heimunterbringung von Kindern soll auch gespart werden: 658.000 Euro in 2013, 1,3 Millionen Euro in 2014.

Davon unabhängig sollen in der Kinder- und Jugendarbeit weitere 100.000 Euro in 2013 und bis zu 160.000 Euro in den Folgejahren eingespart werden.

Die Sparmaßnahmen richten sich aber nicht nur gegen die armen Kinder. Ihre Eltern werden ebenfalls nicht geschont. Die Stadt will bei den Kosten der Unterkunft für SGB-II-Leistungsempfänger zwei Mio. Euro sparen.

Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren sollen 1,1 Mio. Euro einsparen. Das Quäker-Nachbarschaftsheim, das Bürgerschaftshaus Bocklemünd sind gefährdet. Auch das Bürgerzentrum Stollwerck. Es ist der Stadt besonders teuer – liegt es doch ganz nah am Schickimicki-Rheinauhafen. Zu vermuten ist, daß hier die Begehrlichkeit von Investoren eine Rolle spielt, die angesichts der gegenwärtigen

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Wasser - Menschenrecht oder Milliardengeschäft?, S.3
- Vor 80 Jahren in der Elsassstraße, S.4
- Was passiert in Mali?, S.5
- Terminübersicht, S.7

Krise verzweifelt nach rentierlichen Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital suchen.

Die Kürzungsvorschläge der Stadtverwaltung summieren sich auf 37 Mio. Euro. Tatsächlich aber sollen es insgesamt 201 Mio. in diesem Jahr werden. Die Gründe? Schuldenbremsen und europäischer Fiskalpakt drücken die Krise in die kommunalen Haushalte. Die Rettungsschirme für die Banken haben hunderte Milliarden Euro gekostet. Dafür sollen wir jetzt auf-

kommen. Schon jetzt kostet der Schuldendienst die Stadt Köln täglich 715 000 Euro, die die Gläubigerbanken kassieren.

Schon am 18. Dezember hatten die Wohlfahrtsverbände eine Demonstration vor dem Rathaus organisiert. Die Bürgerhäuser und Bürgerzentren sind Teil eines Bündnisses, daß am 16. März ab 14:00 Uhr auf dem Neumarkt unter dem Motto „UmFAIRteilen statt kaputtkürzen!“ eine Protestkundgebung veranstalten wird.

- Klaus Stein

Olga Benario

Eine Veranstaltung zum internationalen Frauentag

In einer Veranstaltung im Freidenkerzentrum Rheinauhafen anlässlich des Internationalen Frauentages erinnerten wir am Nachmittag des 9. März mit Vortrag und Film an eine mutige Frau – Olga Benario. 1908 geboren als Tochter eines wohlhabenden Rechtsanwalts in München, lernte sie schon früh aus den Prozessakten ihres Vaters, der auch mittellose Arbeiterfamilien kostenlos vor Gericht verteidigte, die oft schreiende Ungerechtigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft kennen. Aus Empörung darüber trat sie mit 15 dem Kommunistischen Jugendverband bei, nahm dort an allen Aktivitäten teil und wurde bald in leitende Funktionen gewählt.

Sie folgt ihrem Lebensgefährten, dem Kommunisten Otto Braun, nach Berlin, ist dort als Stenotypistin bei der sowjetischen Handelsmission tätig und arbeitet nach wie vor für den KJ und die KPD. Beide werden verhaftet, sie kommt nach einigen Monaten frei. Otto B. soll wegen seiner politischen Tätigkeit zu 20 Jahren Haft verurteilt werden. In einer Blitzaktion am 11. April 1928 befreit sie ihn aus dem Gerichtsgebäude und beide fliehen in die Sowjetunion.

Von dort aus arbeitet sie für die Kommunistische Internationale in ganz



Europa. Aus – unbegründeter – Eifersucht trennt sich Otto von ihr. Später lernt sie in Moskau Luis Carlos Prestes kennen, einen brasilianischen Offizier, der in seiner Heimat „Ritter der Hoffnung“ genannt wird. Als seine Ehefrau geht sie 1934 mit ihm nach Brasilien, um dort die Revolution gegen den faschistischen Regierungschef Vargas zu organisieren. Das misslingt, beide und viele Andere werden 1935 verhaftet. Sie wird, hochschwanger und gegen das brasilianische Gesetz, 1936 an das deutsche Hitlerregime ausgeliefert. Sie kommt nach Ravensbrück, dort wird ihre Tochter geboren. 1942 wird sie in der NS-Tötungsanstalt Bernburg in einer Gaskammer ermordet.

Natürlich war bei den Teilnehmern der Veranstaltung nach dem Film das Bedürfnis groß, sich in Gesprächen und Diskussionen auszutauschen. Das geschah bei Kaffee und Kuchen oder einem Glas Wein.

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Lohnerhöhung bei knappen Kassen?



Die Tarifforderung lautet 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente, - sprich nicht näher definierter Sockelbetrag, da eine rein prozentuale Erhöhung bei niedrigen Einkommen kaum merkbar wäre. Weitere Verhandlungsgegenstände: Ein Tarifvertrag für die Eingruppierung der LehrerInnen und Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse. Der erste Verhandlungstermin am 31. Januar brachte erwartungsgemäß noch kein Angebot. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 14. Februar legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. Die Gewerkschaften kündigten Warnstreiks an. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 7. und 8. März (nach Redaktionsschluss) statt.

Es ist zu erwarten, dass in der Tarifrunde die „Überschuldung“ von Land und Kommunen gegen die berechtigten Lohnforderungen eingesetzt wird. Es sei daran erinnert: 2009 setzte die Regierung die unvorstellbare Summe von 500 Milliarden Euro für die Bankenrettung ein, pumpt aktuell mit dem ESM weitere Milliarden in den Bankensektor. Die Angestellten in kommunalen Krankenhäusern, die Feuerwehrleute und die Lehrer - um nur einige Beispiele zu nennen - halten mit ihrer Arbeit das gesellschaftliche Leben am Laufen, nicht die Banken.

Es ist eine Richtungsentscheidung:

Weitere Milliarden für die Reichen oder für die Arbeitenden? Geld genug ist da, es muss nur geholt werden. Deshalb brauchen wir eine Vermögenssteuer und Entlastung der Kommunen! - H.R.

Wasser - Menschenrecht oder Milliardengeschäft?!

Die EU-Kommission will den Markt für die Privatisierung der Wasserrechte freigeben. Damit werden sie jeglichen Konsum von Wasser dem freien Spiel der Marktkräfte (Stichwort „zocken“) unterwerfen. Wie im Strommarkt werden auch hier wieder die stärksten „Marktteilnehmer“ die Großkonzerne / internationalen Monopole sein. Wie im Strommarkt ist ihr größtes Interesse nicht die Herstellung, sondern der lukrative Handel mit Wasser. Letztlich nur der Profit!

Sie, der Verbraucher, gewinnen so die Freiheit, wählen zu können, ob Sie lieber Rohwasser aus einem bekannten großen Supermarkt, oder BIO-Wasser aus der Apotheke kaufen möchten - wenn Sie denn die (T)Euros dafür haben. Aber über Geld redet man ja nicht. Die EU-Kommission auch nicht.

Wovon wir reden:

Portugal wurde bereits gezwungen und muss jetzt den 4-fachen Wasserpreis bezahlen. Privatisierung bedeutet, der Wasserpreis kann zukünftig vom Börsenkurs abhängen, Wasser wird ein Exportschlager werden.

Wie wir handeln:

* Wenn ihr gegen die Privatisierung seid, dann unterschreibt hier im Internet:

www.right2water.eu/de

* Unterschrieben werden kann auch auf jedem Gruppenabend der DKP. (jeweils 3. Dienstag im Monat, Freidenkerzentrum)

Übrigens:

„Angesichts gewaltsamer Proteste hat der bulgarische Ministerpräsident Boiko Borissow den Rücktritt seiner Regierung angekündigt. ... Bei den Massenprotesten ... Die Proteste waren ursprünglich gegen hohe Strompreise gerichtet.“ (Quelle: KStA vom 20.01.13)

Vor 80 Jahren in der Elsassstraße...

...der letzte offene Widerstand gegen die Nazis in Köln



Auf Anregung der DKP hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN /BdA) ein Bündnis initiiert, welches an den 80. Jahrestag des berühmten Straßenkampfes der – überwiegend kommunistisch orientierten – Anwohner der Elsassstraße gegen einen Naziaufmarsch erinnern sollte. Da der Straßenkampf in der Elsassstraße Teil der Geschichte der KPD und der DKP in Köln ist, haben neben den Bündnisorganisationen und Einzelpersonen Antifaschistische Koordination Köln & Umland (AKKU), Pfarrer Mathias Bonhoeffer, Sozialistische Jugend Deutschland (SJD) – Die Falken, Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, Kneipenkollektiv LOTTA und Verein EL-DE-Haus auch zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der DKP und der SDAJ an der Demonstration auf dem Severinskirchplatz und der anschließenden Kundgebung in der Elsassstraße am 02. März teilgenommen.

Auf der Kundgebung sprachen unter anderem Claudia Wörmann-Adam vom ver.di - Arbeitskreis Antifaschismus-Antidiskriminierung, die ihre kämpferische Rede zum Anlass nahm, zum gemeinsamen antifaschistischen Widerstand gegen die geplanten Provokationen von Pro Köln am 23. März aufzurufen. Der musikalische Beitrag kam von der bekannten Rap-Formation „Microphone-Mafia“.

Grüßworte gab es unter anderem vom grünen Bezirksbürgermeister Andreas Hupke sowie Elfi Scho-Antwerpes (SPD), die unsere Genossin Helga Humbach in ihrem Grußwort persönlich mit einbezog. Dem Aufruf der DKP und SDAJ „Bringt rote Fahnen mit!“ wurde weithin sichtbar Folge geleistet. An der Kundgebung in der Elsassstraße nahmen knapp 200 Personen teil. Die DKP Mülheim legte ein Blumen-gesteck nieder, viele Genossen steckten rote Nelken an die Gedenktafel.

Den historische Hintergrund bildet ein Ereignis vom 03. März 1933. SA-Truppen feierten die gerade erfolgte Machtübertragung an die NSDAP durch einen Umzug von der Innenstadt nach Bayenthal. Dabei passierten sie auch die Elsassstraße, traditionell bewohnt von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterfamilien. Ein einzelner Flaschenwurf macht den Anfang, es kommt zum Tumult. Fast der ganze Straßenzug ist auf den Balkonen und Dächern, um die SA-Scheren mit Nudelrollen, Nachttöpfen und Mülltonnen einzudecken. Diese fordern Verstärkung an, woraufhin die Polizei mit einem Panzerwagen vorfährt und das ganze Viertel abriegelt. Über siebzig Personen werden festgenommen und die übrigen Anwohner für 72 Stunden unter Hausarrest gestellt. Auch an den folgenden Tagen werden die Menschen immer wieder von Razzien heimgesucht und zahlreiche Wohnungen völlig verwüstet.

- Werner Fuchs



Was passiert in Mali?

Frankreich interveniert in seiner ehemaligen Kolonie



Mittlerweile sind 4000 französische Soldaten im Norden Malis stationiert. Frankreich greift damit auf der Seite der malischen Regierung in den dort tobenden Bürgerkrieg ein, um Aufstände und Unabhängigkeitsbestrebungen im Norden des Landes niederzuschlagen. Angeblich geht es um den Kampf gegen den islamistischen Terror, die Stabilisierung der Demokratie und die Wiederherstellung der territorialen Integrität zur Wahrung der europäischen Sicherheitsinteressen, wie die westlichen Massenmedien nicht müde werden zu behaupten. Islamistische Gruppierungen, die die Scharia einführen wollen, und die Rebellionen der Tuareg-Stämme, die für ihre kulturellen Rechte kämpfen, werden dabei in einen Topf geworfen. Wie üblich werden auch die Ursachen des Konflikts, die Vernachlässigung des Nordens und die Unterdrückung der dort lebenden Volksgruppen, ausgeblendet. Die Sicherheitsinteressen sind natürlich nur vorgeschoben. Während man in Mali vorgibt, zu deren Wahrung islamistischen Terror zu bekämpfen, unterstützt man diesen in Syrien, um eine nicht genehme Regierung zu stürzen. Hinter dem Militäreinsatz stehen vielmehr wirtschaftliche und strategische Interessen.

Es locken die Ressourcen Malis

Mali ist zwar eines der ärmsten Länder der Welt. 36% der ca. 16 Mio. Einwohner leben unterhalb der Armutsgrenze, die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 53 Jahren. Aber unter der Erde liegt sein Reichtum. Das Land liegt im sogenannten „Goldgürtel“, der sich durch ganz Westafrika zieht und verfügt unter anderem über große Vorkommen an Erdöl, Erdgas und Uran. Das weckt natürlich Begehrlichkeiten. Daneben spielen auch weiterreichende geostrategische

Überlegungen eine Rolle. Man will sich in Westafrika festsetzen, um diese an Bodenschätzen reiche Region zu kontrollieren und den wachsenden Einfluss Chinas in Afrika zurück zu drängen.

Der Einsatz ist nicht durch eine UNO-Resolution gedeckt.

Die UNO-Resolutionen 2071 und 2085 beinhalten die Aufforderung zur friedlichen Regelung des Konflikts. Auch ist die Entscheidung zu diesem Krieg ohne Billigung der Parlamente, sowohl des malischen als auch des französischen, getroffen worden!

Von einem kurzen Einsatz wie zu Anfang wird nicht mehr gesprochen. Man stellt sich auf eine jahrelange militärische Präsenz ein, bis Mali von allen islamistischen Gruppen „gesäubert“ sei. Opfer unter der Zivilbevölkerung vor allem infolge der Luftangriffe werden dabei in Kauf genommen. Zahlen dazu gibt es nicht.

Unterstützung bekommt Frankreich auch vermehrt von anderen westlichen Staaten. *Auch Deutschland beteiligt sich an diesem weiteren imperialistischen Abenteuer.* Man will bei der Verteilung der Beute auch nicht leer ausgehen. Am 28.2. beschloss der Bundestag mit Ausnahme der Linksfraktion die Entsendung von 300 Soldaten nach Mali, offiziell im Rahmen einer „EU-Trainingsmission“ und zur logistischen Unterstützung Frankreichs. Man lässt sich damit in einen weiteren kostspieligen Krieg ohne ein absehbares Ende hineinziehen, der sich zu einem weiteren Afghanistan auszuwachsen droht und die bestehenden Konflikte verstärkt anstatt sie zu beheben. Für solche militärischen Abenteuer ist immer Geld da. Und dann erzählt man, es müsste gespart werden!

- D.S.

Jugend in der Krise

Im Januar fand der Jugendpolitische Ratschlag der DKP statt



Das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit ist so groß wie nie zuvor in der Geschichte Europas. Jeder vierte Europäer unter 25 Jahren hat keine Arbeit, kein eigenes Einkommen, keine Lebensperspektive. Was diese Entwicklung für die Jugend in der Bundesrepublik bedeutet, damit beschäftigte sich am Wochenende der Jugendpolitische Ratschlag der DKP.

Beeindruckend die Anzahl der befreundeten Jugendorganisationen, die zu diesem Treffen gekommen sind. Zu den Problemen in der beruflichen Ausbildung, der Arbeitssituation von Jugendlichen, der außerbetrieblichen Bildung, zu der Situation der Jugendlichen in prekärer Beschäftigung und Leiharbeit und zu den Auseinandersetzungen an den Hochschulen und Universitäten diskutierten etwa 70 Anwesenden mit den Vertretern von 10 verschiedenen Jugendorganisationen.

Eröffnung

In ihrem Eröffnungsbeitrag ging die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen auf die von Armut und Arbeitslosigkeit geprägte Situation der Kinder und Jugendlichen in dieser an Reichtum so maßlos protzenden Bundesrepublik ein. Sie rief zum Widerstand gegen diese unhaltbaren Zustände auf. „Wir wollen heute über Ursachen, Situation, aber

auch über die Forderungen zur Veränderung der Lage Jugendlicher diskutieren. Wir wollen uns über erfolgte Kämpfe austauschen und - soweit möglich - über gemeinsamen zukünftigen Widerstand beraten“. In Referaten legten Vertreter der verschiedenen Jugendorganisationen ihre Sicht der Dinge zu den drei Themen Hochschulpolitik, Berufliche Ausbildung und Arbeitssituation sowie Außerbetriebliche Bildung, Warteschleifen, prekär Beschäftigte und Freizeit dar.

Beratungen in Arbeitsgruppen

Anschließend trafen sich die Teilnehmer des Ratschlages in den drei Arbeitsgruppen zu einer tiefgehenden Diskussion um Inhalte und Erfahrungen in der täglichen Politik vor Ort.

Das Ziel, die Möglichkeit zu bieten, sich aus erster Hand über die Probleme der Jugendlichen, ihre Situation in verschiedenen Bereichen und deren Forderungen und Kämpfe kennen zu lernen, wurde voll und ganz erreicht.

Fazit

Ein sehr qualifizierter, gelungener Jugendpolitischer Ratschlag, der auch die gemeinsamen Schnittmengen der anwesenden Jugendorganisationen und die Notwendigkeit der besseren Zusammenarbeit verdeutlichte.

Der aber vor allem, wie die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen in ihrem Schlusswort betonte, „ein Auftakt sein soll, weiter zu diskutieren über die aufgeworfenen Fragen, weiter gemeinsam zu kämpfen, Widerstand zu entwickeln, gegen dieses System und für eine lebenswerte Zukunft.“

- H.R/kommunisten.de

Jetzt schlägt's 13!

Im Haushalt der Stadt Köln sollen jährlich 100 Mio. Euro gekürzt werden, auch dort, wo nichts mehr zu kürzen ist:

Im sozialen und kulturellen Bereich!

Interkulturelle Arbeit
Bürgerzentren
Jugendzentren
Seniorenberatung
Sozialraumkoordination
Bildungsangebot
und vieles mehr...

Kölner Bürgerinnen und Bürger fordern:

um FAIR teilen statt kaputt kürzen!

Protestieren Sie mit — für ein lebenswertes und soziales Köln!

Kundgebung Samstag, 16. März 2013
14 Uhr auf dem Neumarkt

mit buntem Bühnenprogramm
u.a. Klaus der Geiger / Henning Schmitzke / Thilo Seibel

ZANG
Kulturwerk

QR Code: kölnwerk

★ **Maffier** ★
der DKP Köln

**4. Mai 2013,
ab 15 Uhr**

**Naturfreundehaus Kalk,
Kapellenstraße 9a
51103 Köln (Kalk)**

Kulturprogramm

Kölsch vom Fass

Frisches vom Grill

Musik



Kulturabend der Innenstadtgruppe

Diesesn Monat bieten wir ein Hörspiel in unserem monatlichen Kulturprogramm an. Wir hören gemeinsam „Die Wörter sind böse“ von Rolf Brinkmann:

Seine Tonaufnahmen und Kommentare sind sprachmächtig und radikal subjektiv. Schimpftiraden auf „das verrottete Land Westdeutsch-

land“ wechseln mit Alltagsbeobachtungen. Er zieht durch den verhassten Wohnort Köln mit seinem „gelbschmutzigen Himmel“, verausgabt sich an den Widersprüchen der Zeit und kämpft erbittert gegen den etablierten Kulturbetrieb.

Wann? - 26.03.2013

Wo? - Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11



Marxistische Abendschule

**Fortsetzung der Lektüre von
„Manifest der kommunistischen Partei“ von
Marx/Engels**

**20. März- 19:30 Uhr - Freidenkerzentrum,
Bayenstraße 11, 50670 Köln**

Wer wir sind

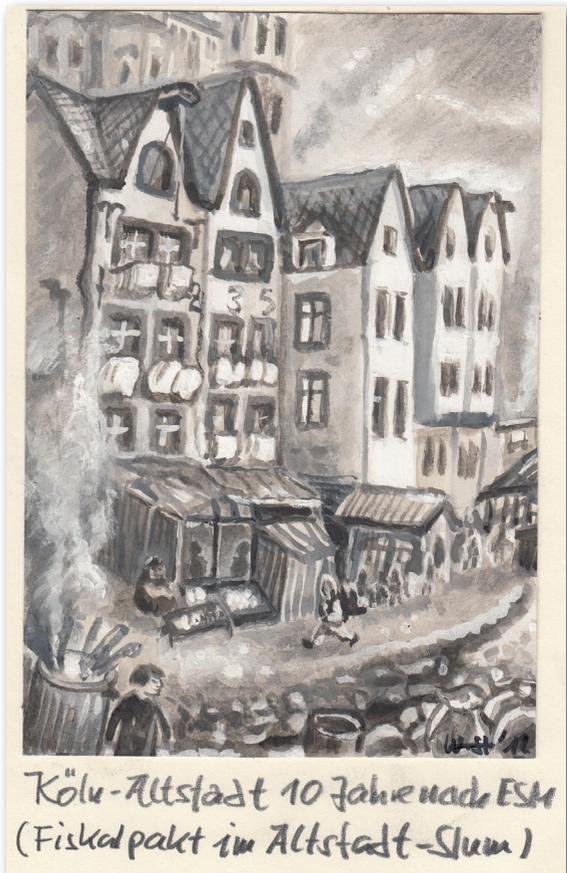
„Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Sie ist hervorgegangen aus dem mehr als 150-jährigen Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg.“
(Programm der DKP, Seite 40)

Die DKP hat heute in Ost und West etwa 4000 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu.

Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt ohne Krieg und Ausbeutung. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet in der DKP seine Mitstreiter. In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent.

Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. In Köln hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Auch in der Innenstadt/Südstadt wollen wir wieder stärker werden.

Die DKP arbeitet besonders eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen, die auch in Köln mit einer eigenen Stadtgruppe aktiv ist.



***Für eine Wende zu demokratischem
und sozialem Fortschritt!***

Unser nächster Gruppenabend:

**Dienstag, 19.03.2013, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dgp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstraße 11, 50670 Köln